



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,  
Digitalisierung und Gesundheit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 02.12.2021

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und, Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses  
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und, Gesundheit  
am Dienstag, 7. Dezember 2021, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

**HINWEIS: Es wird dringend empfohlen, während der  
gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.**

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 09.11.2021 und 18.11.2021

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

## 2. 21-F-22-0033

Wirtschaft braucht Fläche

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 01.12.2021 -

Zu einer klugen und vorausschauenden Wirtschaftspolitik gehört auch eine geeignete Flächenpolitik. Gerade in einer dicht besiedelten Region wie dem Rhein-Main-Gebiet müssen Flächennutzungen gegeneinander abgewogen und Zielkonflikte entschärft werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die unterschiedlichen Wirtschaftssektoren auch unterschiedliche Platzbedürfnisse haben und es das überparteiliche Ziel ist, allen volkswirtschaftlichen Sektoren in Wiesbaden und dem Rhein-Main-Gebiet Platz zu geben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit stellt fest:

1. dass in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Gewerbeflächen zur Wohnnutzung umgewidmet wurde.
2. dass nur noch wenige freie Gewerbeflächen zur Verfügung stehen.
3. dass das knappe Angebot an freien, insbesondere kleinteiligen Gewerbeflächen ein Hindernis im Bestreben darstellt, neue Unternehmen in Wiesbaden anzusiedeln sowie bestehenden Unternehmungen den notwendigen Raum für eine Weiterentwicklung zu bieten.

Der Magistrat wird gebeten,

1. Seine Planungen zur Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans dem Ausschuss zu präsentieren.
2. Den Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit frühzeitig und umfassend bzgl. Ausweisung wirtschaftlich nutzbarer Flächen einzubeziehen
3. Darzustellen, wie viele zusätzliche Flächen in den kommenden Jahren benötigt werden, um den Wirtschaftsstandort Wiesbaden durch Flächen für Neuansiedlungen und Ausweitung bestehender Betriebe zu stärken.
4. bei der Aufstellung die benötigten Flächen ihre Art und Umfang nach zu berücksichtigen.

## 3. 21-F-69-0021

Attraktivitätssteigerung der Wiesbadener Innenstadt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 1.12.2021 -

Nicht nur mit dem Masterplan Innenstadt hat das entsprechende Dezernat bereits viele gute Ansätze, Maßnahmen und Strategien ausgearbeitet und angestoßen, wie Leerstände in der Innenstadt bekämpft, die lokale Wirtschaft gefördert und das Innenstadtkonzept weiterentwickelt werden kann. Ein neuralgischer Punkt ist allerdings nach wie vor das Erscheinungsbild der Stadt. Vor allem das vielgerühmte ‚Herz von Wiesbaden‘ - fünf Gassen, Schützenhofplatz, Kleine Schwalbacher Str., Hochstättenstraße, Faulbrunnenplatz oder die Gewässer im Betonbett in der Langgasse sind alles andere als ein attraktiver Besuchermagnet und haben mit einer „lebenswerten City“ wenig zu tun.

Als Landeshauptstadt dürfte Wiesbaden das dortige Erscheinungsbild und die Verwahrlosung noch weniger dulden. Im nächsten Jahr will sich die Stadt mit dem Titel ‚Stadt des Wassers‘ schmücken und plant zahlreiche Veranstaltungen.

Wer Wiesbadener Quellen sehen möchte, gerät unweigerlich in die vorab genannten Zonen - ein guter Anlass, sich ernsthaft mit diesem Kapitel der Stadtplanung auseinanderzusetzen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob er gedenkt, konkrete Umsetzungspläne besonders für die oben genannten Bereiche umzusetzen und wenn ja, wann und welche,
2. falls 1. mit ‚nein‘ zu beantworten ist, sei zu erläutern, aus welchen Gründen er hierfür keine Notwendigkeit erachtet.

#### **4. 21-F-69-0022**

Umsetzungsstand der Beschlüsse Masterplan Innenstadt und Restart-City

- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 1.12.2021 -

In Folge der Corona-Pandemie und eines allgemeinen Strukturbruchs im stationären Einzelhandel haben die Gremien der LHW konkrete Maßnahmen, ad-hoc Maßnahmenpläne und langfristige Strategien beschlossen.

Nach den grundlegenden Beschlüssen zum Masterplan Innenstadt und Restart-City-Programm ist es nun an der Zeit die bisherige Umsetzung vorzustellen und zu evaluieren, ganz besonders diejenigen Bestandteile, die Einzelhandel und Gastronomie beim Neustart aus Lockdowns und Geschäftsschließung helfen sollten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den aktuellen Umsetzungsstand zu den folgenden Beschlüssen vorzustellen:
  - a) Masterplan Innenstadt
  - b) Restart City
  - c) Beschluss Nr. 307 der Stadtverordnetenversammlung vom 15.07.2021
2. einen konkreten zeitlichen Horizont für noch nicht umgesetzten Maßnahmen vorzustellen.
3. darzustellen, welche finanziellen Mittel für die Umsetzung im geplanten Zeitplan notwendig sind und welche Finanzmittel bereits abgeflossen sind.
4. zu berichten, welche ersten Erfahrungen mit den Maßnahmen gesammelt wurden und ob neue Erkenntnisse beim Magistrat vorliegen, auf deren Grundlage die beschlossenen Pläne weiterentwickelt werden könnten.

**5. 21-F-63-0055**

Heimatschatz

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 22.11.2021 -
- Überweisung aus dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 26.11.2021 -

Der Finanz- und Beteiligungsausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Projekt Heimatschatz soll im Jahr 2022 evaluiert werden. Die zugesetzten Mittel für das Jahr 2023 erhalten einen Sperrvermerk. EMILIE soll Bestandteil des Projektes Heimatschatz werden.

**6. 21-F-63-0057**

Ein „Social and Sustainability Startup-Hub“ für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 22.11.2021 -
- Überweisung aus dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 26.11.2021 -

Der Ausschuss wolle beschließen,

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Wiesbaden bekommt ein Social and Sustainability Startup-Hub und einen angebundenen Ideathon/Hackathon.

Der Magistrat wird gebeten:

1. Eine Erhebung und Zusammenstellung aller bisher in Wiesbaden existierenden Maßnahmen der lokalen Startup-Szene und deren relevanten Infozahlen zur Förderung von Startups durchzuführen und deren Kompatibilität im Hinblick auf das regionale Startup-Ökosystem in der Rhein-Main-Region zu bewerten. Bei der Prüfung der Kompatibilität sind unter anderem die verschiedenen Maßnahmen und erforderlichen Anpassungen im Rahmen des Hessen Startup Monitors, des Masterplans zur Startup Förderung in Hessen, der Masterplan der Startup Region Frankfurt Rhein-Main und sowie weitere nationale und europäische Programme und Strategien zu berücksichtigen.
2. Ein detailliertes Konzept zur Etablierung eines Social and Sustainability Startup-Hubs ab dem Jahre 2023 zu entwickeln. Das Konzept soll unter anderem einen "Fahrplan" zur Etablierung dieses Hubs enthalten. Das übergeordnete Ziel hiervon soll es sein, die Attraktivität Wiesbadens für soziale, gemeinwohlorientierte und nachhaltige Startups zu erhöhen. Hierbei sollen Standards für Startups definiert werden, welche sich unter anderem an den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen (SDGs) orientieren. In dem Konzept sollen verschiedene Modelle zur Ausgestaltung des Hubs vorgeschlagen werden. Zu beleuchten sind insbesondere

- a. die Dienstleistungen, die den Startup-Unternehmen angeboten werden können,
- b. die Verzahnung mit allen existierenden Wirtschaftsförderungsangeboten, Stakeholdern und Akteuren
- c. welche flankierenden Maßnahmen (beispielsweise Roundtables, Workshops, Acceleratorenprogramme, Inkubatorenprogramme, Networkingangebote, Hochschulkooperationen etc.) im Rahmen des Hubs umgesetzt werden sollen.

Zudem sollen Synergien mit dem Gründerzentrum im Alten Gericht und den Hochschulen in Wiesbaden bestmöglich genutzt werden, sodass sich die Angebote gegenseitig ergänzen und unterstützen, ohne zueinander in Konkurrenz zu treten und Doppelstrukturen entstehen zu lassen.

3. Best Practices in Deutschland und Europa zu recherchieren und mit diesen in den Austausch zu treten, um hiervon für das eigene Konzept zu lernen und mögliche Fehler und Stolperfallen soweit möglich bereits im Vorfeld zu vermeiden.
4. Einen Ideathon und einen angeschlossenen Hackathon für konkrete Probleme der Stadt Wiesbaden für das Jahr 2023 ins Leben zu rufen.
5. Grundsätzlich alle in Frage kommenden Fördermittel der verschiedenen Ebenen (Hessen, Deutschland und EU) für die genannten Maßnahmen zu prüfen und zu beantragen.

**7. 21-V-05-0028**

**DL 45/21-6**

Sondernutzungsgebühr für Warenauslagen aussetzen

**8. 21-F-60-0002**

**ANLAGE**

Sondernutzungsgebühren für den Wiesbadener Einzelhandel gerecht und einfach gestalten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 11.05.2021-
- Beschluss Nr. 219 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2021 -
- Beschluss Nr. 118 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 09.11.2021 -

**9. 21-F-74-0002**

**ANLAGE**

Alternativantrag zu den Anträgen Nr. 21-F-20-0036 "Zusätzliche Außengastronomie-Flächen weiterhin ermöglichen" sowie Nr. 21-F-67-0017 "Langfristige Öffnung vermehrter Außenflächen für die Gastronomie" der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 21.09.2021

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, VOLT und BWL/ULW/BIG vom 21.09.2021 -
- Beschluss Nr. 119 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 09.11.2021 -

**10. 21-A-83-0002**

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

### **Bereich Digitalisierung**

**11. 21-F-63-0027**

Gesamtkonzept zur Digitalisierung der Stadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 24.11.2021 -
- Überweisung aus dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 24.11.2021 -

Der Ausschuss wolle beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

es wird ein Gesamtkonzept zur Digitalisierung der Stadtverwaltung erstellt.

Der Magistrat wird gebeten

1. eine Informationsbasis über die heutigen Sach- und Personalkosten zu den stadtweiten IT-Anwendungen, den Digitalisierungsvorhaben und den zugehörigen Budgets aller Dezernate und Ämter zu erheben. Ziel hierbei ist es, eine aktuelle und transparente Sachstandserfassung zum IST-Zustand sowie aller laufenden und geplanten Digitalisierungsprojekte zu erhalten.
2. Den sich aus Punkt 1 ergebenden Sachstand gemeinsam mit der Stadtpolitik zu bewerten und eine strukturierte Empfehlung mit den nötigen strukturellen, finanziellen und konzeptionellen Anpassungen und Weiterentwicklungen zu entwerfen.
3. Auf diesen Empfehlungen aufbauend eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung der Stadtverwaltung vorzulegen, welche gemeinsam mit allen Dezernaten erarbeitet wird und die Digitalisierung der Stadtverwaltung wirkungsvoll voranbringen soll. Diese soll die Schwerpunkte und Prioritäten der Digitalisierung der Stadtverwaltung definieren sowie die Rahmenbedingungen und Leitlinien für ein dezernatsübergreifendes Verständnis der Digitalisierung mit gemeinsamen Zielen, Prioritäten und Strukturanpassungen vorsehen.

**12. 21-F-72-0002**

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 30.06.2021 -
- Aktueller Stand der Umsetzung -

## Bereich Gesundheit

### 13. 21-F-69-0020

Mobile Retter

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BWL/ULW/BIG vom 1.12.2021 -

Im Jahr 2018 hat der Sozialausschuss einstimmig einen Antrag der damaligen Kooperationsparteien beschlossen, der sich mit Erster Hilfe bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand beschäftigt. Der Antrag hat angeregt, dass sich der Wiesbadener Rettungsdienst am Netzwerk „Mobile Retter“ beteiligen möge: Dieser Dienst sammelt und koordiniert freiwillige Bürger in einer App, die Erste Hilfe in Notsituationen leisten möchten. Eine Registration bei den „mobilen Rettern“ bedarf lediglich einer Erste-Hilfe-Ausbildung. Im Fall eines Falles können diese dann per GPS vom Rettungsdienst ausfindig gemacht und zum Einsatzort navigiert werden. Das Ziel liegt entsprechend darin, Erste Hilfe zu leisten, bis die Rettungskräfte vor Ort sind, und so wertvolle Zeit zu gewinnen.

Im Jahr 2019 erfolgte dann ein Bericht des Oberbürgermeisters, dass für die Umsetzung eine Stelle bei der Feuerwehr geschaffen werden müsse. Aufgrund der Wichtigkeit dieses Themas hat der Bürgermeister Dr. Franz im Rahmen der letzten HH-Beratungen dann eine Stelle, die für sein Dezernat vorgesehen war, an den OB abgetreten, damit diese Stelle bei der Feuerwehr geschaffen werden kann. Seitdem ist von dem Projekt nichts mehr nach Außen gedrungen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie es sich um den Status Quo des Projekts verhält: wie ist es angelaufen, wie hat es sich entwickelt, wie viele Helferinnen und Helfer sind registriert?
2. wie er den Erfolg des Projektes bis jetzt bewertet und welche künftigen Maßnahmen für die Bewerbung des Projektes eventuell geplant sind.

### 14. 21-F-63-0064

Sachstand zur Beschlussumsetzung Nr. 0008 vom 24.02.2021 (Überprüfung Konsortialvertrag HSK) Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Familie und Kinder (SGI)  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 30.06.2021

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/ Die Grünen, Die Linke und Volt vom 29.11.2021 -

Der Zwischenbericht zum Antrag 21-F-21-0006 „Überprüfung Konsortialvertrag HSK“ mit dem Beschluss Nr. 0008 vom 24.02.2021 im SGI lässt weiterhin einige Fragen offen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Wie weit ist die Umsetzung der Beauftragung eines externen Gutachtens gediehen?
- 2) Wann der endgültige Bericht zum Antrag 21-F-21-0006 „Überprüfung Konsortialvertrag HSK“ zu erwarten ist?

**15. 21-A-83-0001**

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

**16. 21-V-53-0012**

**ANLAGE**

Gewinnung von weiterem medizinischem Personal zum Ausbau des städtischen Impfangebots

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 547 vom 18.11.2021 -

**17. 21-F-55-0054**

Flächendeckende Testmöglichkeiten schaffen

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 1.12.2021 -

Die Inzidenzen sind seit einigen Wochen besorgniserregend gestiegen. Es ist zu befürchten, dass auch durch die neue Corona-Variante „Omikron“ eine Verschärfung der Situation bevorsteht. Um der eventuellen Ausweitung der Schutzmaßnahmen auch Rechnung tragen zu können, ist es unerlässlich flächendeckend, also auch in den äußeren Stadtteilen, Testmöglichkeiten zu schaffen. Der Ortsbeirat Dotzheim hat hierzu bereits einen Antrag gestellt, jedoch gibt es einige Stadtteile mehr, die nicht gut mit Testmöglichkeiten ausgestattet sind.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten, wo es momentan in der LHW Testmöglichkeiten gibt.
2. zu prüfen, wo feste und mobile Testmöglichkeiten in den Stadtteilen geschaffen werden können.

**18. 21-F-10-0019**

Einrichtung von zusätzlichen Teststellen in den Wiesbadener Stadtteilen

- Antrag der AfD-Fraktion vom 01.12.2021 -

Nach den in Hessen zurzeit geltenden Covid-19-Maßnahmen brauchen ungeimpfte Bürger zur Nutzung des ÖPNV ein gültiges, negatives Antigentest-Zertifikat. Deshalb sollte für jeden Wiesbadener mindestens eine Teststelle fußläufig erreichbar sein.

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

1. Für die Dauer der aktuellen Maßnahmen soll in jedem Stadtteil eine Teststelle zur Verfügung stehen.
2. Die Liste der arbeitenden Teststellen auf der Seite Wiesbaden.de soll mindestens einmal wöchentlich aktualisiert werden.

**19. 21-F-66-0002**

**ANLAGE**

Sicherheit und Planbarkeit schaffen - Flächendeckendes Testangebot in Kitas einführen

- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Stadtv. Kienast und Stadtv. Wardak -  
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 532 vom 18.11.2021 -

**20. 21-V-53-0013**

Erweiterung ÖGD Impfangebote; Umsetzung des Erlasses des HMSI vom 20.11.2021

- Unterlagen werden nachgereicht -  
- **Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 07.12.2021 -**

**Bereich Allgemeines:**

**21. 21-F-20-0016**

**ANLAGE**

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -  
- Festlegung weiteres Vorgehen (Termin und Experten/innen)

**22. Verschiedenes**

## Tagesordnung II

- 1. 21-F-20-0031** **ANLAGE**

Industriebeirat für Wiesbaden

  - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -
  - Bericht des Dezernates II vom 03.11.2021 -
  
- 2. 21-F-20-0032** **ANLAGE**

Umgang mit der Luca App

  - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -
  - Bericht des Dezernates II vom 03.11.2021 -
  
- 3. 21-F-22-0010** **ANLAGE**

Die Geschichte Wiesbadens analog und digital erlebbar machen

  - Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 30.06.2021 -
  - Bericht des Dezernates III vom 27.10.2021 -
  
- 4. 21-F-80-0001** **ANLAGE**

Legalisierung von Cannabis - Wiesbaden zur Modellstadt machen - Alternativantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Volt und Die Linke vom 21.09.2021 betr. Antrag Nr. 21-F-55-0035 -

  - Bericht des Dezernates II vom 18.11.2021 -
  
- 5. 21-V-01-0016** **DL 45/21-1, 36/21-1 , 34/21-3 , 33/21-4**

Smart City Wiesbaden - Implementierung eines zentralen Programmmanagements
  
- 6. 21-V-02-8008** **DL 45/21-2**

Modifizierung Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprojekte
  
- 7. 21-V-02-8022** **DL 45/21-3**

Stadtfest und Fahrrad-Event 2022/2023

**8. 21-V-05-0033** **DL 45/21-7**

Förderprogramm Lebendige Zentren - Fußgängerzone Gerichtsstraße (Grundsatzvorlage)

**9. 21-V-53-0008** **DL 45/21-21**

Abschlussbericht Abwasser-Monitoring SARS-CoV-2

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der  
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte  
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rottloff  
Vorsitzender